

Die richtige Strategie, auch wenn es knirscht

VON SINA ZEHRFELD

Da bleibt die nordrhein-westfälische Schulministerin Dorothee Feller (CDU) ihrer Linie treu: Schulen und Kommunen sollen möglichst viel in Eigenregie regeln, wenn es darum geht, wie sie geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine trotz Raum- und Personalmanagements in Klassen unterbringen. So lautete das Credo der Ministerin schon in Sachen Corona-Strategie und Distanzunterricht: Die Leute vor Ort wüssten am besten, welche Lösungen für sie passen. Sei es nun „Mehrphasenunterricht“ am Nachmittag, falls nicht mehr alle Kinder gleichzeitig ins Gebäude passen, oder die Suche nach Ausweichquartieren irgendwo in der Stadt. Solche Provisorien sind nicht unbedingt schön. Aber was auf die Schnelle machbar und in einer Stadt akzeptabel ist, das wissen die Entscheidungsträger vor Ort im Zweifel tatsächlich besser als die in einer Bezirksregierung oder in einem Ministerium. Und sie können es auf dem kleinen Dienstweg auch rascher umsetzen. Insofern ist die Strategie des Landes grundsätzlich richtig. Auch, wenn es dabei absehbar sehr knirschen wird – das liegt in der Natur der Mangelverwaltung unter Zeitdruck.

Es darf nur nicht passieren, dass die Freiheit der Schulen und Gemeinden zur Rechtfertigung wird, sie allein zu lassen. Wenn sich beispielsweise für schwierigere Schulstandorte einfach kein Personal finden lässt, dann nützen all die freien Stellen nichts, die das Land zur Verfügung stellt. Und gerade das ist ein Problem, das immer mehr drängt. Es hilft auch nicht, dass Schulen sich Räume im Umkreis suchen dürfen, wenn das finanziell schlicht nicht zu stemmen ist. In solchen Fällen müssen die Bezirksregierungen und das Schulministerium von höherer Ebene aus Abhilfe schaffen. Es ist gut, dass sie lokalen Akteuren Freiheiten gewähren. Aber sie dürfen ihnen nicht die Unterstützung verweigern, sollten sie nach Hilfe rufen.

Das Stechuh-Urteil geht an der Realität vorbei

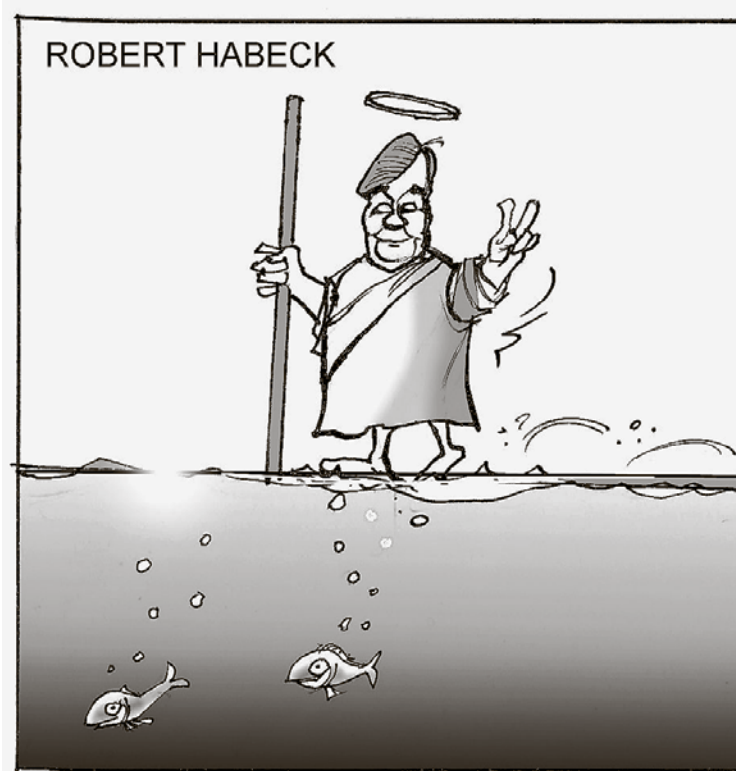
VON MARTIN KESSLER

Gerichte neigen mitunter zu perfektionistischen Urteilen. Das ist verständlich. Es geht eben um Gerechtigkeit, und da ist gefühlter Pragmatismus oft fehl am Platz. In seinem wegweisenden Urteil zur Arbeitszeiterfassung geht aber das Bundesarbeitsgericht eindeutig zu weit. Im Grunde schreibt es die Stechuh für alle angestellten Berufstätigen vor – egal, ob praktikabel oder nicht. Für manche Bereiche dürfte es zu einer weiteren Verdichtung von Arbeit führen, die bekanntlich viele Menschen krank macht.

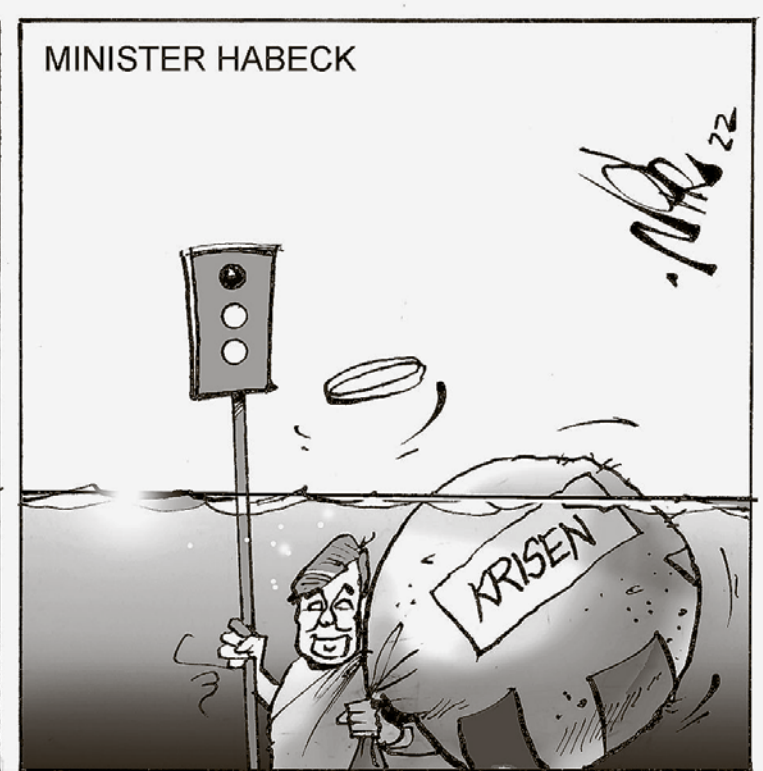
Zur Ehrenrettung des Erfurter Gerichts muss allerdings gesagt werden, dass es nur das Arbeitszeitgesetz konsequent interpretiert. Dort besteht nämlich eine eindeutige Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zeiterfassung seiner Beschäftigten. Sie wird lediglich bisweilen durch die Vertrauensarbeitszeit ersetzt, was einer strengen Auslegung des Gesetzes widerspricht.

Für rund die Hälfte aller Beschäftigten existiert nach den Zahlen des sozio-ökonomischen Panels bereits eine elektronische Zeiterfassung. Rund 30 Prozent der Arbeitnehmer tragen ihre Arbeitszeit händisch ein. Für lediglich zwölf Prozent besteht die Vertrauensarbeitszeit, die der Beschäftigte selbst festlegt.

In den meisten Fällen funktioniert das, weil sich beide Seiten einig sind. Aber es gibt auch Arbeitskräfte, die entweder die Anforderungen aus Karrieregründen übererfüllen wollen oder vom Arbeitgeber dazu genötigt werden. Solche Kräfte sind oft sehr gut ausgebildet und deshalb in der Lage, ihre Interessen selbst zu vertreten. Die Stechuh ist hier eher hinderlich. Denn manche Arbeitgeber dürften dann einfach verlangen, die gleichen Anforderungen in einer festgelegten Zeit zu schaffen oder den Job zu quittieren. Ob das im Sinne der Arbeitnehmer liegt, darf bezweifelt werden. Eine Novelle des Arbeitszeitgesetzes ist deshalb dringend geboten.



ENTZAUBERT



RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Für den 23. September ruft Fridays for Future zum globalen Streik auf, die Bewegung richtet sich mit kernigen Forderungen an die Ampel-Regierung. Doch die Initiative hat durch Corona stark an Dynamik eingebüßt.

Neuer Druck für mehr Klimaschutz

VON JANA WOLF

Es soll ein großer Wurf werden. Für den 23. September ruft die Klimabewegung zum globalen Protest auf. Auf allen sieben Kontinenten in insgesamt 7500 Städten sind nach Angaben von Fridays for Future Aktionen geplant, in mehr als 180 Städten allein in Deutschland. Betrachtet man diese Zahlen, so kann der Eindruck entstehen, die Klimaschützer seien zurück im öffentlichen Fokus, nachdem die Corona-Pandemie die Bewegung ausgebremst und Veranstaltungen mit großen Menschenmassen über Monate verhindert hatte. Dann kamen der russische Angriff auf die Ukraine, die Energiekrise, steigende Preise und breite wirtschaftliche Verunsicherung, die auch vielen jungen Menschen weltweit den Handlungsspielraum raubt.

„Wir fragen uns, wie denn irgendwann mal weniger Krise sein soll, und vor allem fragen wir uns, wo die Regierung ist, die einen Plan hat“, sagt Luisa Neubauer, Mitinitiatorin von Fridays for Future in Deutschland, am Dienstag in Berlin. Die Klimakrise sei kein „Wohlfühlproblem“, die Energiekrise kein „Nebenbeithema“, so Neubauer. Zehn Tage vor dem globalen Protesttag richtet sich die Bewegung mit einer kernigen Forderung an die Bundesregierung: Nach dem Vorbild des Sondervermögens für die Bundeswehr sollen 100 Milliarden Euro in den Kampf gegen die Klimakrise und in mehr soziale Gerechtigkeit investiert werden. Finanziert werden soll diese Summe unter anderem durch abgeschöpfte Übergewinne und eine Lockerung der Schuldenbremse.

„Wir brauchen eine beispiellose Geschwindigkeitserhöhung im Ausbau der erneuerbaren Energien, wir brauchen flächendeckend günstigen ÖPNV sowie eine angemessene Klimafinan-

zierung für die Länder, die jetzt schon unter der Klimakrise leiden“, sagt Fridays-for-Future-Sprecherin Annika Rittmann bei der Vorstellung der Forderung. Unterstützung finden die Aktivistinnen in der Wissenschaft, unter anderem vom Ökonom Marcel Fratzscher, Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und dem Energiewende-Experten Volker Quaschnig von der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft.

In ihrer Anfangsphase ist es der Klimabewegung gelungen, enormen politischen Druck aufzubauen. So ist es fraglich, ob die Vorgängerregierung ohne die Proteste ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht hätte. Auch das berühmte Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021 geht auf Beschwerden von jungen Klimaschützern zurück. Doch es bleibt die Frage, ob die Bewegung an diese Erfolge anknüpfen kann und ihre neuen Forderungen die erhoffte Wirkung entfalten.

Soziale Bewegungen würden immer verschiedene Phasen durchlaufen, sagt der Protestforscher Simon Teune unserer Redaktion. „Für Fridays for Future war die Massenmobilisierung zu Beginn, vor allem im Jahr 2019, die notwendige Voraussetzung dafür, dass das Thema Klimaschutz stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt ist und ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel stattgefunden hat“, so der Soziologe von der Freien Universität Berlin. „Doch es ist nicht auf Dauer möglich und auch nicht notwendig, so viele Menschen zu mobilisieren.“ Es gehe jetzt darum, an neuralgischen Punkten wirksam zu sein und durch gezielte Forderungen Druck auf die Regierung auszuüben, so Teune. Folgt man dieser Analyse, kommt die 100-Milliarden-Forderung der Klimaaktivisten genau richtig.

INFO

Forderungen von Aktivisten und Wissenschaftlern

Klimaaktivisten Die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) fordert die Bundesregierung dazu auf, im Zuge der Haushaltsverhandlungen 100 Milliarden Euro bereitzustellen, „um den radikalen Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern zu beschleunigen“. FFF-Sprecherin Annika Rittmann verweist auf die extremen Fluten in Pakistan, Wassermangel und fehlendes Getreide in Afrika, brennende Wälder in Brandenburg oder niedrige Pegelstände im Rhein. „Wenn wir jetzt nicht anfangen zu investieren, kommen wir aus der Krisenspirale, in der wir uns befinden, nicht mehr heraus“, so die Klimaaktivistin.

Wissenschaft Unterstützung für die Forderung bekommt Fridays for Future unter anderem von dem Ökonom Marcel Fratzscher. „Wir brauchen eine Investitionsoffensive“, sagte der DIW-Direktor am Dienstag. Wenn man in Deutschland vor zehn Jahren mehr in den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Klimaschutz investiert hätte, „hätten wir heute bei Weitem nicht eine so große soziale und wirtschaftliche Krise“, so Fratzscher. Deutschland riskiere, dass das eigene Wirtschaftsmodell wegbreche. Der Investitionsvorschlag von FFF sei „gute Wirtschaftspolitik“.



Die Forderung der Klimaaktivisten: 100 Milliarden Euro. FOTO: DPA

Der Protestforscher geht auch nicht davon aus, dass weniger öffentliche Aktionen automatisch darauf schließen lassen, dass die Bewegung am Ende ist. Die Klimabewegung habe von Anfang an nicht nur auf die Straßenmobilisierung gesetzt. Es seien durchaus strategische Entscheidungen gewesen, mit Gewerkschaften wie Verdi zusammenzuarbeiten oder sich bei Aktionsversammlungen großer Konzerne einladen zu lassen, sagt Teune. Aber auch bei Kirchen, großen Nichtregierungsorganisationen, auf lokaler wie regionaler Ebene habe die Bewegung ein Umdenken in Gang gebracht. „Es ist das große Verdienst von Fridays for Future, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung die Versäumnisse beim Klimaschutz inzwischen als echtes Problem sieht und sich mehr politisches Tempo beim Klimaschutz wünscht“, sagt der Soziologe.

Die vielfältigen Krisen haben aber auch in ganz anderer Hinsicht eine Auswirkung auf das weltweite Engagement der Klimaschützer. Zwar sind beim bevorstehenden globalen Streiktag in allen Teilen der Welt Aktionen geplant, dennoch ist die Bewegung in Deutschland überproportional vertreten. Durch die Pandemie, die Klimakrise und die vielfältigen Krisen sei der politische Aktivismus „absurderweise immer mehr ein Privileg, das vielen Menschen vorzuenthalten wird, einfach weil die Realität das nicht mehr zulässt, weil der Freiraum nicht mehr da ist“, sagt Neubauer. Umso mehr sehen die Aktivistinnen sich selbst in der Verantwortung, die eigenen Möglichkeiten zu nutzen und in Deutschland zu mobilisieren. Das sei „das Mindeste“, was man beitragen könne, angesichts der großen Klimaschulden und hohen Emissionen Deutschlands. Dennoch, Neubauer hält es für kein ausreichendes Konzept, nur auf den Protest jüngerer Menschen zu setzen, damit beim Klimaschutz etwas vorgeht. „Dafür braucht es Regierungen, die Verantwortung übernehmen“, sagt sie. Die Ernüchterung über das politische Handeln ist nicht zu überhören.

WISSENSDRANG

Dem Humor geht es leider nicht so gut in jüngster Zeit. Gleichzeitig wird immer mehr Tugendhaftigkeit für immer mehr Bereiche des Lebens gefordert. Zuerst von den Politikern. Dann von den Künstlern. Früher wollte man sie möglichst wild, Drogen und zertrümmerte Hotelzimmer waren ein Muss. Wenn heutzutage jemand aus einer Provinz-Band mit Dreadlocks auftritt, ist er erledigt.

Jetzt hat es auch die Wissenschaft und die Philosophie erwischt. Hier verlangt man neuerdings wissenschaftliche Rationalität und Exaktheit nicht nur bei ihren wissenschaftlichen Äußerungen. Sondern auch von dem, was sie twittern und unterschreiben. Das kann nicht gutgehen. Niemand ist gleichmäßig begabt, wie alle El-

Wenn Philosophie kleinkariert ist

Auch Wissenschaftler sind Menschen und dürfen dumme Dinge tun.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

tern wissen. Ein mathematisch Hochbegabter kann Probleme mit der Sprache haben. Und umgekehrt. Ganz zu schweigen vom politischen Durchblick. Daher sollte man eine Wissenschaftlerin auch nicht zu fachfremden Themen befragen. Die allumfassenden thematische und kompetente Person gibt es nicht, wie der Gesetzgeber weiß: Unser Recht auf Meinungsfreiheit erstreckt sich auch auf Blödsinn. Gerade wurde der international geschätzte Philosoph Georg Meggle vom Kongress der Gesellschaft für Analytische Philosophie (GAP) eingeladen. Er hätte über Wissenschaftsfreiheit mitdiskutieren sollen. Für dieses Thema ist er qualifiziert wie kein anderer: Meggle setzt sich schon seit 30 Jahren für die freie Debatte in der Philosophie ein. Aber kurz vor dem Kon-

gress entdeckte man, dass er 2021 als „Ehrenpräsident der GAP“ den neuen „Krefelder Appell“ unterzeichnet hatte. Ein wirres querdenkerisches Anti-Nato-Machwerk, meilenweit entfernt von den methodischen Ansprüchen der Fachphilosophie. Das wäre guter Stoff zum Tratsch und für Witze – aber Anlass für eine öffentliche Zurechtweisung? Vor 20 Jahren hätte man nicht im Traum an eine Ausladung gedacht. In diesem lange vergangenen Zeitalter nahm man es mit Humor, dass Menschen auch Blödsinn verzapfen. Und dass auch Wissenschaftler Menschen sind.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.